

27/9. 1914.

Arbeitslosenfürsorge in Bayern.

München, 26. Septbr. (Priv.-Tel.) In einer Besprechung, die gestern zwischen Vertretern der freien Gewerkschaften unter Führung des Landtagsabgeordneten Segitz und dem Ministerpräsidenten Hertling stattfand, wurden die von der Regierung bereits getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erörtert und ferner, was geschehen müsse, um der in einzelnen Orten bereits vorhandenen, namentlich aber für den Winter zu befürchtenden Notlage der Arbeitslosen abzuwehren. Segitz stellte unter Hinweis darauf, daß Sachsen bereits 30 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt habe, und daß Preußen für die Beratung einer Notstandsvorlage den Landtag einberufe, die Bitte, schnellst den Bayerischen Landtag zu einer kurzen Erörterung der erforderlichen Hilfsaktion und zur Bewilligung der nötigen Mittel einzuberufen. Weiter wurde angeregt, auf die bayerischen Versicherungsanstalten einzuwirken, damit sie endlich, wie dies von verschiedenen außerbayerischen Versicherungsanstalten bereits geschehen sei, auch ihrerseits reichliche Mittel für die Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung stellen. Ministerpräsident Hertling betonte, daß die Regierung sich der hohen Bedeutung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenfürsorge wohl bewußt sei und auf den verschiedenen Gebieten bereits Fürsorge getroffen habe, um durch die Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, durch Erleichterung der Rohstoffbeschaffung für die Industrie, durch Wiederbelebung des Exports und durch andere Maßnahmen die Arbeitslosigkeit einzuschränken. Es mache sich in der letzten Zeit, wenn auch nicht in allen Zweigen und in allen Orten, eine erfreuliche Steigerung des wirtschaftlichen Lebens bemerkbar. Gleichwohl würden weitere Maßnahmen und besondere Vorkehrungen, um für die Arbeitslosen während der Wintermonate Fürsorge zu treffen, bereits von der Regierung in Erwägung gezogen. Der Ministerrat werde sich demnächst mit dieser Frage beschäftigen und hierbei würden auch die Anregungen und Vorschläge der Deputation ihre Würdigung finden. Ebenfalls dürften die bayerischen Industriearbeiter überzeugt sein, daß auch von seiten der bayerischen Regierung alles geschehen werde, um sie, soweit es für staatliche Mittel möglich ist, vor unverschuldeter Not zu bewahren.